

KOMMENTAR

Ausgangssperren sind unwürdig

ANDREAS ROSENFELDER

Die „Ausgangssperre“ ist ein abschreckendes Wort. Schlimmer aber ist die Sache, die dieses Wort bezeichnet. Bürger, die ihre Häuser nicht verlassen dürfen, Polizisten, die darüber wachen: Man kennt das aus Kriegsfilmern...

Nun aber wird die Frage, ob eine Ausgangssperre „kommt“, auch in Deutschland diskutiert, als sei das ein bodenständiger, aber leider unvermeidlicher Schritt. Tatsächlich steht es im Beschluss des Bundeskabinetts für die Änderung des Infektionsschutzgesetzes...

Dass etwas gerade noch Undenkbare nun Gesetz werden könnte, ist ein Verdienst der deutschen Bundeskanzlerin. Schon im März hatte Angela Merkel bei Anne Will behauptet, Ausgangsbeschränkungen könnten bei der Bekämpfung von Corona „ein ganz wirksames Mittel sein“.

Doch nicht nur die Gegenargumente der Wissenschaft scheinen der Bundesregierung egal zu sein, sie setzt sich – was schwerer wiegt – auch über die Einwände der Gerichte hinweg. Die haben regionale Ausgangssperren immer wieder für unverhältnismäßig und rechtswidrig erklärt...

MAN MUSS VERMUTEN, DASS DIE REGIERUNG EIN ZEICHEN SETZEN WILL

Immer wieder heißt es, die Ausgangssperren dienten gar nicht dazu, den Aufenthalt im Freien zu verhindern, sie sollten vielmehr private Partys verhindern...

Man muss also vermuten, dass die Regierung in erster Linie ein Zeichen setzen will. Die Bürger sollen gar nicht auf die Idee kommen, man könne an milden Abenden den Frühling genießen...

Das Recht aber ist keine symbolpolitische Verhandlungssache, es darf nicht als psychologisches Druckmittel missbraucht werden. Es wäre eine Schande für die Demokratie, wenn der Bundestag den Ausgangssperren zustimmt.

andreas.rosenfelder@welt.de

Preußen und die Hohenzollern haben wieder Konjunktur. Vor allem sorgen sie gegenwärtig für Streit. Die Rede ist von der Debatte über mögliche Entschädigungen für Ententegegner aus dem Jahr 1945...

VON ULRICH SCHLIE UND THOMAS WEBER

„Diese Debatte geht uns alle an“, so war etwa unlängst in einem Online-Fachgespräch der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Deutschen Bundestag zu hören...

Ein erheblicher Vorschub wird über eine Beschreibung der Aktivitäten Wilhelm thesenhaft behauptet, ohne dass überhaupt die Wirkung seines Handelns empirisch gemessen worden ist. Bei der seit vier Jahren geführten Debatte geht vieles durcheinander...

Das Urteil steht scheinbar fest. Der ehemalige Kronprinz wird als überproportional große Figur zum maßgeblichen Steigbügelhalter Hitlers. Wilhelm, so der Marburger Historiker Eckart Conze...

Doch ist die Debatte wirklich schon entschieden? Vieles, was in der bisherigen Diskussion gesagt wurde, hält dem Faktencheck nicht stand, nicht zuletzt deshalb, weil unbeantwortet bleibt, wie überhaupt ein erheblicher Vorschub zu messen ist...

Ob Wilhelms Nachfahren Entschädigungen zustehen, hängt von der Frage ab, inwieweit der ehemalige preussische Kronprinz der nationalsozialistischen Machtergreifung und -konsolidierung „erheblichen Vorschub“ vor dem Hintergrund eines schwindenden Monarchismus geleistet hat oder nicht...

Der Nachweis des erheblichen Vorschubs gegenüber „dem nationalsozialistischen System“ wäre nach dem 1945er-Gesetz ein Ausschlussgrund für

Entschädigungs- und Restitutionsleistungen an seine Familie, über die in Kürze das Verwaltungsgericht des Landes Brandenburg zu entscheiden hat, falls Versuche einer außergerichtlichen gütlichen Einigung scheitern sollten...

Für den ehemaligen Kronprinzen waren seine Annäherungsversuche an Adolf Hitler untrennbar mit seinem Hauptziel verbunden, die Hohenzollernmonarchie in Deutschland wieder zu errichten...

Hitler, die HOHENZOLLERN und eine historische Fehleinschätzung

Über die Hohenzollern ist ein Historikerstreit entbrannt, der sogar die Grünen im Bundestag und Jan Böhmmermann beschäftigt. Es geht darum, ob Kronprinz Wilhelm von Preußen dem Aufstieg Hitlers „erheblichen Vorschub“ leistete. Die Historiker Ulrich Schlie und Thomas Weber sagen: Nein



Dieses Foto war 1933 nicht so bekannt wie heute: Wilhelm und Hitler am „Tag von Potsdam“, dem 21. März 1933

lernmonarchie in Deutschland wieder zu errichten. Der ehemalige Kronprinz Wilhelm war, wie sein Freund Gustav Hillard einmal schrieb, eine „Mischung aus Teilheim und Simplizissimus“...

Schon im Kaiserreich hatte er keinen bestimmenden Anteil an politischen Entscheidungen. Er war ein Mann der Peripherie, ein Gefäß, bisweilen laut tönend, aber ohne tiefere Substanz...

Die Abankung des Kaisers, das Ende der Monarchie blieb sein Trauma, das er nie verwand – den Traum von der Wiedererrichtung der Hohenzollernmonarchie sollte er zeitlebens nicht aufgeben. Auch Kronprinz Wilhelm hatte auf den Thron verzichtet...

te Wilhelm Morgenluft für eine monarchistische Restauration unter seiner Führung. Die Aussichten dafür allerdings standen schlecht, und auch das Charisma Wilhelms war, anders als jetzt behauptet wird, von begrenzter Wirkung...

Ausgerechnet an der Frage der Restauration der Hohenzollernmonarchie hatte sich die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), die rechtskonservative Partei Weimars, zerlegt. Sie war bis 1928 die zweitgrößte Partei im Reichstagswahl 1928 der DNVP-Reichstagsab-

Auch auf Paul von Hindenburg konnte Wilhelm von Preußen nicht setzen. Seit der wichtigste Heerführer seines Vaters zum Reichspräsidenten gewählt worden war, hatte Hindenburg klargemacht, dass er sich nicht als Steigbügelhalter für eine Hohenzollernrestauration erheben würde...

dentwahl einen Pakt vor. Der an Hitler adressierte Brief zeigt sein Kalkül und seine Naivität zugleich: „Ich habe mich nach langen und eingehenden Überlegungen entschlossen, diese Kandidatur anzunehmen und trete an Sie in erster Stelle als den Führer der größten nationalen Bewegung heran...“

Aus der Reichspräsidentenwahl 1932 sollte dann für den ehemaligen Kronprinzen nichts werden. Auf den Befehl seines Vaters aus dem niederländischen Exil hin ließ er seine Absicht fallen. Nachdem sein Plan aufgrund der Intervention des Ex-Kaisers gescheitert war...

Über Wilhelms eigene Vorstellungen wurde in vergleichsweise wenig bekannt. Seine seltenen öffentlichen Äußerungen und dasjenige, was wir über sein Handeln wissen, fügen sich in die militaristischen Gesellschaftskonzeptionen ein, die in der Reichwehrrführung in einer zugespitzten innenpolitischen Krisenlage der Endphase Weimars kursierten...

In seinem Bestreben, die Monarchie in Deutschland wieder einzuführen, agierte der ehemalige Kronprinz Wilhelm weder planvoll noch stetig, allenfalls erratisch. Zu keinem Zeitpunkt hat er dabei eine zutreffende Analyse der politischen Lage gehabt...

Aus den ersten beiden Jahren nach der nationalsozialistischen Machtergreifung sind vielfältige Zeugnisse überliefert, die den ehemaligen Kronprinzen als Parteigänger Hitlers ausweisen, freilich ohne dass er jemals Mitglied der NSDAP geworden wäre...

Die lebende Generation der Hohenzollern verlor immer mehr an Bedeutung. Selbst viele Monarchisten sahen viel eher in Hindenburg den Nachfahren der großen Hohenzollern. Sie erwarteten oftmals höchstens für die ferne Zukunft eine Wiedererrichtung der Monarchie...

Dies ist der Hintergrund für Wilhelms Annäherung an die Nationalsozialisten und den Plan, mit Hitlers Hilfe die Krone zurückzuerlangen: eine krasse Fehleinschätzung. Hitler dachte über taktische Erwägungen hinaus nicht daran, die Monarchie in Deutschland wiederherzustellen...

Als aber 1932 Koerber versuchte, konservativen Widerstand gegen eine mögliche nationalsozialistische Machtergreifung zu organisieren, stieß er bei Wilhelm auf taube Ohren. Vor diesem Hintergrund hatte sich Wilhelm bereits 1929 direkt an Adolf Hitler gewandt...

Am 29. März 1929 schrieb der ehemalige Kronprinz an Adolf Hitler und schlug ihm für die nächste Reichspräsidentenwahl einen Pakt vorgeschlagen.

FORTSETZUNG AUF SEITE 22

